Die Tribüne
Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!
Jetzt anmelden
die-tribuene.ch

Freitag, 28. März 2025 | Nr. 13 | 67. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Missbräuchliche Baueinsprachen verhindern
von Nina Fehr Düsel
Seite 2

Kanton Zürich
Durchbruch für die Förderklassen-Initiative
von Anita Borer
Seite 3

Aktuell
Für den Mittelstand statt Grosskonzerne
von Marc Bochsler
Seite 4

Parlamentsgemeinden
Nächste Etappe im Kampf gegen das Auto
von Michele Romagnolo
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Sessions-Apéro mit NR Haab und NR Tuena
Seite 5

KANTONALE DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM 25. MÄRZ 2025 IN VOLKETSWIL

Ein richtungsweisender Abend für die Zukunft Zürichs

Am Dienstag versammelten sich rund 240 Delegierte der SVP des Kantons Zürich in Volketswil zur ersten Delegiertenversammlung des Jahres. Die Veranstaltung begann mit einem geselligen Vorprogramm und musikalischer Unterhaltung der Harmonie Volketswil, bevor Kantonsrat und Gemeindepräsident Jean-Philippe Pinto (Die Mitte) die Gäste begrüsste.

Nach der Begrüssung und Standortbestimmung durch den Parteipräsidenten und Kantonsrat Domenik Ledergerber rückte ein zentrales Thema in den Fokus: die kantonale Abstimmung vom 18. Mai 2025 zur zweiten Etappe der Steuervorlage 17.

Zürich stärken – Ja zur STAF-Vorlage

Tobias Weidmann, Kantonsrat und Fraktionspräsident der SVP, stellte den Stand der Kampagne vor und betonte die Notwendigkeit der steuerlichen Entlastung für Unternehmen. Zürich müsse seine wirtschaftliche Attraktivität erhalten, um Investitionen zu fördern und Arbeitsplätze zu sichern. Die vorgeschlagene Senkung der Unternehmenssteuern von sieben auf sechs Prozent soll langfristig die Standortqualität stärken und Abwanderung verhindern.

Die Diskussion verdeutlichte, dass eine Senkung der Unternehmenssteuer nicht nur der Wirtschaft zugutekomme, sondern auch langfristig höhere Steuereinnahmen generieren könne, da Unternehmen verstärkt in den Kanton investieren würden. Tobias Weidmann konterte die in der laufenden Kampagne vorgebrachten Kritikpunkte der Gegner, wonach eine Reduktion der Steuereinnahmen kurzfristig eine Lücke im Haushalt verursachen könnte. Er hielt dagegen, dass die positiven Effekte durch eine Belebung des Wirtschaftsstandorts und die Schaffung neuer Arbeitsplätze überwiegen. Auch im nationalen Vergleich müsse sich Zürich wieder ökonomisch attraktiver posi-tionieren, um nicht hinter andere Kantone zurückzufallen. Die Delegierten signalisierten erneut breite Unterstützung für die Vorlage und bekräftigten die Wichtigkeit einer wirtschaftsfreundlichen Steuerpolitik.

Energiegesetz: Kontroverse Debatte zur Klimapolitik

Ein weiterer Höhepunkt des Abends war die kontradiktorische Diskussion zur geplanten Änderung des kantonalen Energiegesetzes. Kantonsrat Thomas Forrer (Grüne) sprach sich für die Vorlage aus und argumentierte, dass die Anpassungen notwendig seien, um die Klimaziele zu erreichen und den Kanton für kommende Herausforderungen im Energiebereich zu rüsten.

Demgegenüber stellte unser Kantonsrat Ueli Bamert die möglichen wirtschaftlichen und finanziellen Belastungen für Privathaushalte und Unternehmen heraus. Er warnte vor drohenden Verboten wie dem Autofahren, Fliegen und Konsum diverser Güter sowie steigenden Energiekosten, die insbesondere für Mittelstandshaushalte und KMU eine erhebliche finanzielle Belastung darstellen werden. Zudem würden Investitionen in innovative Technologien gebremst. Kritisiert wurde insbesondere, dass das Gesetz mit dem Netto-Null-Ziel bis 2040 über das bereits auf Bundesebene beschlossene Klimaschutzgesetz hinausgehe und damit eine übertriebene und unmöglich zu bewältigende Belastung für die Zürcher Bevölkerung und Wirtschaft darstellt.

Die angeregte Diskussion zeigte die Brisanz des Themas und es wurde deutlich, dass eine Balance zwischen Klimaschutz und wirtschaftlicher Tragbarkeit gefunden werden muss, denn eine übermässige Regulierung würde dem Wirtschaftsstandort Zürich schaden. Schlussendlich fassten die Delegierten einstimmig die NEIN-Parole zu dieser unrealistischen Vorlage.

Weitere politische Weichenstellungen

Neben der Energiepolitik beschäftigte sich die Versammlung mit dem Referendum gegen die Erhöhung der Individuellen Prämienverbilligung (IPV). Kantonsrat Lorenz Habicher erläuterte die finanziellen Auswirkungen dieser Massnahme und zeigte auf, dass die geplante jährliche Zusatzbelastung von 50 Millionen Franken für den Kanton nicht nachhaltig ist. Es braucht gezielte Lösungen anstelle einer pauschalen Erhöhung der Subventionen. Es gilt, sowohl soziale als auch finanzielle Aspekte gegeneinander abzuwägen. Die Delegierten haben sodann einstimmig die NEIN-Parole beschlossen.

Nach der Pause informierte Nationalrat Gregor Rutz über die geplante Abschaffung des Eigenmietwerts, welche aller Voraussicht nach am 28. September dieses Jahres zur Abstimmung vorgelegt werden soll. Er beleuchtete, dass diese Massnahme zu einer faireren steuerlichen Behandlung von Wohneigentümern führen werde. Während Wohneigentümer derzeit den Eigenmietwert als fiktives Einkommen versteuern müssen, soll diese Regelung in Zukunft entfallen. Die derzeitige Regelung stellt eine ungerechte Doppelbesteuerung dar und die Abschaffung daher einen wichtigen Schritt zu einem faireren Steuersystem.

Nationalrat Benjamin Fischer präsentierte sodann die neuesten Entwicklungen zum Rahmenabkommen mit der Europäischen Union. Er warnte vor einer schleichenden Untergrabung der direkten Demokratie und betonte die Wichtigkeit einer eigenständigen Schweizer Gesetzgebung. Dabei unterstrich er erneut die klare Haltung für eine unabhängige Schweiz und lehnte jegliche institutionelle Anbindung an die EU entschieden ab.

Finanzen und Ausblick

Nach der Vorstellung der Rechnung 2024 sowie des Budgets 2025 durch Kantonsrat Patrick Walder, die von den Delegierten einstimmig genehmigt wurden, schloss die Versammlung.

Die nächste Delegiertenversammlung wird am Donnerstag, 10. Juli 2025, in Küsnacht stattfinden.

Die Delegierten fassten richtungsweisende Entscheide für die Zukunft unseres Kantons. Bild: SVP Kanton Zürich

Marco Calzimiglia
Parteisekretär
SVP Kanton Zürich
Seuzach

Christoph Mörgeli

Jungsozialist im Pensionsalter

Solche Wirtschaftsanwälte hat Tamedia gern: Karl Hofstetter, Zürcher Titularprofessor, ortet ein «Erbdynastie-Problem». Wunderbar «erfrischend» sei es, wenn das Wochenmagazin «The Economist» seine «prinzipielle Unterstützung für Erbschaftssteuern» zum Ausdruck bringe. Wirtschaftsanwalt Karl Hofstetter kritisiert die «Vererbung von Grossvermögen an Nachfolger ohne Leistungsausweis».

Im Ton eines Jungsozialisten lobt der 69-Jährige das «Verdienst der Erbschaftssteuerinitiative». Er warnt vor der «Gefahr neuer Erbdynastien» und davor, dass die Juso-Initiative bei der Mehrheit von Volk und Ständen durchfalle. Darum lautet das Rezept des Professors Karl Hofstetter: «Wer möchte, dass das zunehmend wichtige Thema der Übertragung sehr grosser Vermögen auf nächste Generationen politisch am Leben bleibt, kann ein taktisches Ja in die Urne legen.» Denn dann behalte «diese gesellschaftspolitisch zentrale Frage dank eines hohen Ja-Stimmenanteils Aktualität».

Interessant ist, wie und wo der grosse Taktiker Karl Hofstetter ehedem sein Geld verdient hat. Ein Vierteljahrhundert lang war er Chefjurist des Schweizer Weltkonzerns Schindler und von 2006 bis 2018 Verwaltungsrat der Schindler Holding AG. Schindler ist ein Schweizer Konzern, der zu den 500 führenden Familienbetrieben der Welt gehört. Die vorgesehene Juso-Erbschaftssteuerinitiative von 50 Prozent läge für die Familie Schindler mit 43 Prozent der Aktien bei 6 Milliarden Franken. Die Erben müssten für diese Summe einen Bankkredit beanspruchen, ihre Aktien verpfänden und die Kontrolle über die hervorragende Firma verlieren.

Jetzt arbeitet Juso-Erbschaftsfan Karl Hofstetter gegen die Interessen seiner langjährigen Arbeitgeberin. Er beisst die Hand, die ihn so lange so reichlich gefüttert hat. Laut «Bilanz» hat Chefjurist Hostettler bei der Firma Schindler allein 2015 2,8 Millionen verdient. Er wohnt in einem prächtigen Haus direkt am Vierwaldstättersee – im steuergünstigen Meggen. Hostettler vermeidet Steuern in eigener Sache. Um sie desto üppiger seinem früheren Arbeitgeber zuzumuten.

SESSIONSRÜCKBLICK

Bekämpfung von missbräuchlichen Einsprachen im Baubewilligungsverfahren

Die drei Wochen Frühjahrsession in Bern sind bereits vorüber. Nebst den Bundesratswahlen und der Sondersession zum Thema Asyl gab es auch viele andere zentrale Themen.

Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küsnacht

Im Bereich Strafrecht konnte ich einen sehr knappen Erfolg verbuchen, sodass die Praxis zu den Fussfesseln (wobei die Täter keinen Tag ins Gefängnis müssen) nicht gelockert wird; dabei haben uns die anderen Bürgerlichen unterstützt. Die Sicherheit und die Migrationspolitik werden uns noch lange beschäftigen. Gerade kürzlich kam die neueste Kriminalstatistik heraus, die wiederum eine Zunahme der Gewaltdelikte aufzeigt, besonders bei den Asylbewerbern. Nur die SVP weist schon immer auf diese Probleme hin und zeigt Massnahmen auf. Auch meine Prüfung einer Velovignette war ein Thema, über welches viel berichtet wurde. Schliesslich zahlen die Velofahrer nichts an die Infrastruktur, obwohl laufend neue Velowege gebaut werden. Auch im Kanton Zürich wurde dies debattiert.

Missbräuchliche Baueinsprachen reduzieren

In der letzten Session konnte ich zudem im Nationalrat eine Motion einreichen, die viele Bürgerliche erfreuen könnte. Mein Ziel ist es, zukünftig missbräuchliche Baueinsprachen einzudämmen.

Heute ist die Ausgangslage in den meisten Kantonen so, dass Nachbarn bei einem Bauvorhaben, selbst wenn dieses rechtlich einwandfrei und mit der Gemeinde abgestimmt ist, Einsprache erheben können. Damit können sie das Bauvorhaben meist erfolgreich verzögern, selbst wenn das Projekt schlussendlich doch durchkommt. Dadurch entstehen nicht nur erhebliche Verzüge, sondern auch erhöhte Kosten für Bauherren und Investoren. Ausserdem entgehen dem Gewerbe dadurch wichtige Aufträge. Gerade in der heutigen Zeit, wo es zusätzlichen Wohnraum braucht, sollten offensichtlich missbräuchliche Einsprachen reduziert werden können, ansonsten die Wohnungsnot durch solche Verzögerungen noch zusätzlich verschärft wird. Nun hoffe ich, dass diese Motion Abhilfe schafft.

Analyse von Bau-Einsprachen

Insbesondere soll in der Motion untersucht werden, wie oft (missbräuchliche) Einsprachen gegen Bauvorhaben erhoben werden und wie hoch die anfallenden Zusatzkosten ausfallen. Ausserdem wäre es wichtig, die typischen Gründe für offensichtlich missbräuchliche Einsprachen herauszufinden und wie sich dies auf die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum auswirkt.

Basierend auf diesen Erkenntnissen sollen Vorschläge entwickelt werden, wie missbräuchliche Einsprachen in Zukunft rascher erkannt und schneller abgewiesen werden können. Dazu könnten Kostenauflagen für querulatorische Einsprachen sowie Anpassungen im Einspracheverfahren zählen.

Mit der Motion sollen künftig Einsprachen, welche keinen rechtlichen Boden haben, reduziert werden. Bild: Pixabay

Unterstützung aus bürgerlichem Lager

Sehr viele Nationalräte haben den Vorstoss mitunterzeichnet, so nebst der SVP auch zahlreiche Nationalräte aus der Mitte und der FDP. Der Bundesrat beantragt nun erfreulicherweise sogar die Zustimmung zur Motion.

Da diese Zustimmung im Nationalrat nicht bekämpft wurde, wurde die Motion am 21. März an den Ständerat überwiesen. Somit sind wir hier bereits einen grossen Schritt weiter und hoffen, dass die Motion zukünftige Einsprachen reduzieren kann, welche keinen rechtlichen Boden haben. Es ist richtig und wichtig, dass sich Nachbarn gegen Bauvorhaben wehren können. Dies darf aber nicht zur Schikane werden, wenn es bloss um eine Verzögerung eines einwandfreien Projekts geht. Auch für das Gewerbe würde dies mehr Planungssicherheit schaffen.

BUNDESRAT MACHT NICHTS OHNE «EU-ASYL-SOLIDARITÄTSMECHANISMUS»

Nur noch Umsetzung von EU-Asylpolitik für die Schweiz?

SP-Asylvorsteher Beat Jans will sich ohne Not freiwillig am «EU-Asyl-Solidaritätsmechanismus» beteiligen. Offenbar auch mit der Unterstützung der FDP-Bundesräte.

SVP. Die FDP will offenkundig auf Teufel komm raus die Partei der Personenfreizügigkeit werden. Deshalb reisst sie alle Schranken nieder, die eine eigenständige Regulierung der Zuwanderung bedeuten könnten. Unterstützt wird sie mit geradezu perfiden Argumenten von SP-Bundesrat Jans.

Noch mehr Scheinasylanten

Die Beteiligung am sogenannten EU-Solidaritätsmechanismus bedeutet nichts anderes, als dass wir noch mehr Scheinasylanten, noch mehr Kriminalität und am Ende gar noch höhere Milliardenkosten zu tragen haben.

Gelder für Asyl statt AHV

Der sogenannte Solidaritätsmechanismus ist geradezu pervers. Die Schweiz muss noch mehr Migranten aufnehmen oder wegen Schengen/Dublin der EU noch mehr Geld bezahlen. Derweil rufen die Kantone den Asylnotstand aus. Der Schweizerische Gemeindeverband – wahrlich kein von der SVP dominiertes Gremium – spricht gar vom Asylkollaps. Dafür fehlen in der Bundeskasse wichtige Gelder für die AHV oder die Armee.

Jans widersetzt sich Aufgaben

Ganz offensichtlich sind dem zuständigen Bundesrat Jans die Sorgen der Bevölkerung vollkommen gleichgültig. Das beweist auch seine Arbeitsverweigerung: Er setzt 23 Vorstösse im Asylbereich, die vom Parlament überwiesen wurden, einfach nicht um.

Das Zuwanderungsproblem will der Bundesrat nicht angehen. Im Gegenteil: Er spricht sich gegen die «Nachhaltigkeitsinitiative (Keine 10-Millionen-Schweiz!)» aus. Als Vorwand benutzt er die Menschenrechtskarte. Er behauptet, die Initiative verstosse gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, den UNO-Migrationspakt usw.

Wie im Rahmenabkommen vorgesehen

Ein Land, das die Zuwanderung selber demokratisch steuern will, verletzt keine Menschenrechte. Die Absicht des Bundesrates ist durchschaubar: Man schiebt fremdes Recht und fremde Gerichte vor. Die Schweizer Bevölkerung soll eingeschüchtert und entmündigt werden. Ganz auch im Sinne des EU-Rahmenabkommens.

Verschleppung aller Verschärfungen

Eine Aussetzung des Familiennachzugs komme im Asylbereich für den Bundesrat nicht infrage, so SP-Jans. Das wäre mit geltenden verfassungs- und völkerrechtlichen Bestimmungen und der Rechtsprechung nicht vereinbar. Dabei hat etwa Österreich den Familiennachzug sofort nach dem Regimewechsel in Syrien ausgesetzt.

Keine Asylverfahren für Verbrecher

In der vergangenen Sondersession «Asyl und Souveränität» hat der Bundesrat klar gemacht, dass er gar nicht an Lösungen interessiert ist. Im Zweifelsfall versteckt er sich hinter irgendwelchen internationalen Abkommen. Der Thurgauer Nationalrat und Asylexperte Pascal Schmid (SVP) brachte dies schön auf den Punkt: «Mit dem ganzen Larifari im Asylbereich müssen wir endlich aufhören.» Und weiter: Für Verbrecher dürfe es keine Asylverfahren und schon gar kein Bleiberecht geben – kein Asyl, keine vorläufige Aufnahme, keinen Schutzstatus, nichts. Für Verbrecher dürfe es nur eines geben: null Toleranz!

Bundesrat Jans schiebt fremdes Recht und fremde Gerichte vor, um noch mehr Scheinasylanten in die Schweiz zu bringen.
Bild: Adobe Stock

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Förderklassen statt ideologische Integration

Eine bürgerliche Initiative wird im Kantonsparlament angenommen; die ideologische schulische Integration der Linken erleidet Schiffbruch. Die Sache hat hier eine gute Unterstützung. Dem ist nicht überall so – in wessen Dienst steht die Nationalbank?

Bernhard im Oberdorf
Kantonsrat SVP
Zürich

Das Haupttraktandum der Ratssitzung war die «Förderklassen-Initiative», die Volksinitiative «Für eine Schule mit Zukunft – fördern statt überfordern». Was nach diesem Filetstück noch folgte, war Beigemüse mit vielen Voten über die Kostenübernahme bei der Herkunftssuche Betroffener von illegalen Auslandadoptionen bis hin zu einer Interpellation zur Sexualkunde und zum Schutz vor Diskriminierung.

Plädoyer für Förderklassen

Für die Volksinitiative brachte die Fraktionssprecherin der SVP, Anita Borer, die komplexe Materie auf den Punkt: «Mit der Integration um jeden Preis haben wir der integrativen Schule einen Bärendienst erwiesen. Wir wollen wieder zu den Besten gehören. Es braucht wieder Klein- und Förderklassen als niederschwelliges Angebot zwischen den Regelklassen und den gänzlich separat geführten Sonderschulen.» Dafür gibt es gute Argumente: «Die enorme Zuwanderung ist sicher eine der grössten Herausforderungen der Schule im Zusammenhang mit der Integration. In vielen Schulen sind diejenigen, die als Muttersprache Deutsch sprechen, in der Minderzahl. Allein unter diesem Aspekt betrachtet ist es wahnsinnig, was unsere Schulen leisten. Umso intensiver wird es, wenn die Schule auch noch die stark verhaltensauffälligen Kinder in die Regelklassen integrieren muss. Kein Wunder, stösst das System an Grenzen; und da ist es nun an uns, endlich zu handeln. Seit Jahren steigen in allen Bereichen die Kosten, ohne dass die Qualität des Unterrichts besser wird: Es gibt verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler, die den Unterricht so stark stören, dass das Leistungsniveau der ganzen Klasse negativ beeinflusst wird.»

Meilenstein erreicht

Anita Borer kommt zum Fazit, dass mit der Förderklassen-Initiative die Schule wieder mehr Möglichkeiten erhält. Vor über zehn Jahren «habe die SVP bereits mit einem Vorstoss im Kantonsrat versucht, Klein- und Förderklassen als Ergänzung zu ermöglichen. Dazumal sind wir gescheitert, weil wir keine Mehrheiten hatten. Umso mehr freut es, dass wir heute endlich diesen Meilenstein erreichen.» Dies führt zum Appell: «Unterstützen Sie die Förderklassen-Initiative und lehnen Sie den wirkungslosen Gegenvorschlag ab, der auch so schon umgesetzt werden kann.»

Dies führte zu einer Diskussion, auf die Rochus Burtscher – er warf der linken Seite vor, «eine ganze Armada aufgeboten zu haben» – prägnant replizierte. Die SP habe in ihrem Votum an die Adresse der Initiative gesagt: «Gute gemeint, schlecht gemacht!» Doch was die SP aussagte «ist nett gesagt, aber nicht lösungsorientiert»; in erster Linie bringt sie nur Rechtfertigungen und versucht, Probleme zu erfinden, obwohl sie noch gar nichts versucht hat – «dann sollten wir doch pragmatisch vorgehen. Nicht alles was früher war, ist schlecht.»

Hört man der SP genau zu, heisst es primär «Entlastung der Lehrkräfte – weil Kinder den Unterricht stören». Die SP und Grüne hätten in erster Linie «Ressourcen»-Probleme: «Gebt mehr Geld und wir können es lösen.» Das haben wir in den letzten Jahren ja ständig getan, und was hat es gebracht? Die Folge ist, dass es nur eine Lösung gibt und dies ist die Unterstützung der Volksinitiative «Förderklasse».

Brisanter Blick ins Land

Wenn es schon von einem Teil der Sitzung nicht so viel zu berichten gibt – weil die Ideologie überhandnahm – können die Gedanken etwas weiter schweifen. So hat die Nationalbank, eigentlich entgegen den ökonomischen Notwendigkeiten – den Leitzins erneut gesenkt. Im Schlepptau der Europäischen Zentralbank (EZB) war es offenkundig ein Anliegen, den Schweizer Franken auf dem Höhenflug zu bremsen: im Dienste der Exportwirtschaft. Damit verteuern sich die Importe für die Konsumenten in der Schweiz. Für einige Eigenheimbesitzer, die gerade zu diesem Zeitpunkt die Hypotheken erneuern, mag das zwar ein Vorteil sein, aber die Zahl dürfte klein sein.

Viel gravierender sind sinkende Zinsen aber für die vielen Rentenbezüger; denn die zweite und dritte Säule basieren auf dem Kapitaldeckungsverfahren und nicht mehr auf dem Umlageverfahren mit gesicherten Renten. Sie müssen so mit Verlusten rechnen. Das Fazit: Die Exportindustrie hat eine starke Lobby, die ältere Generation, die ein Leben lang für die Wirtschaft gearbeitet hat, aber nicht.

In kleinen Förderklassen werden Kinder mit besonderen Bedürfnissen oder mit Verhaltensauffälligkeiten gemäss Lehrplan unterrichtet, gezielt gefördert und unterstützt, so dass sie ihr Potenzial entfalten und nach Möglichkeit zu einem späteren Zeitpunkt wieder die Regelklasse besuchen können. Bild: Pexels

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Erfolg für die SVP: Durchbruch bei Klein- bzw. Förderklassen

Anita Borer
Kantonsrätin SVP
Uster

Die integrative Schule hat versagt. Für die SVP ist das schon seit Langem klar. Endlich haben wir auch die nötige politische Unterstützung. Nachdem der Kantonsrat die Motion der SVP «Regelklassen wirksam entlasten» vor drei Wochen überwiesen hatte, unterstützte der Rat diese Woche auch die Förderklassen-Initiative. Damit sprach sich eine Mehrheit mit Nachdruck für Klein- bzw. Förderklassen als niederschwelliges Angebot zwischen den Regelklassen und den gänzlich separat geführten, teuren Sonderschulen aus. Vor über zehn Jahren scheiterte die SVP im Kantonsrat noch mit diesem Anliegen. Nun ist uns der Durchbruch gelungen.

Die Probleme, unter denen sowohl Kinder wie auch Lehrerinnen und Lehrer leiden, sind offensichtlich:

- *Die enorme Zuwanderung belastet die Schulen enorm. In vielen Schulhäusern hat es mehr fremdsprachige als deutschsprachige Kinder, wodurch die Integrations-Kapazität an ihre Grenzen stösst.*
- *Die Integration um jeden Preis: Zusätzlich muss die Schule alle Kinder – auch die verhaltensauffälligen – in die Regelklassen integrieren.*
- *Die hohen Kosten: Die Versprechen, dass die Zahl der extern in Sonderschulheimen beschulten Schüler sowie die entsprechenden Kosten mit der integrativen Schule reduziert werden könnten, wurde nicht eingehalten. Seit Jahren steigen in allen Bereichen die Kosten, ohne dass die Qualität der Schule besser wird.*

Die Lösung, für die die SVP seit Jahren kämpft, sind Klein- bzw. Förderklassen. Sie können teure externe Sonderschulungen und Einzelförderungen in einigen Fällen auf pragmatische Art und Weise ersetzen. Zudem erhoffen wir uns, dass damit auch die unzähligen Therapiemassnahmen eingedämmt werden können.

Davon profitieren alle:

1. *Schülerinnen und Schüler in den Regelklassen können sich besser konzentrieren, weil der Unterricht störungsfreier abläuft. Kinder mit Schwierigkeiten werden nicht mehr im Klassenverbund mit Therapiemassnahmen eingedeckt, sondern können temporär aus dem Klassenverbund rausgenommen werden.*
2. *Lehrerinnen und Lehrer werden entlastet, das wirkt dem viel beklagten Lehrermangel entgegen.*
3. *Gemeinden erhalten die nötige Flexibilität, um ihre Personalressourcen dort einzusetzen, wo sie es für nötig halten. Sie sollen nicht mehr gesetzlich dazu verpflichtet sein, diese für den integrativen Unterricht einzusetzen.*
4. *Wir sparen mittel- und langfristig Kosten ein bzw. können mindestens das Aufwandwachstum bremsen.*

Für die SVP stehen die Kinder im Fokus. Sie sollen die bestmögliche Schulbildung erhalten. Unsere Bildung ist unser Kapital. Darum ist für mich klar: Wir wollen und sollen wieder zu den Besten gehören!

Das Votum im Kantonsrat als Video:

Wenn der Unterricht dank der Förderklassen-Initiative wieder störungsfreier ablaufen kann, werden sich Schülerinnen und Schüler in den Regelklassen wieder besser konzentrieren können. Bild: Pexels

WORTE DER PRÄSIDENTIN DER JUNGEN SVP DES KANTONS ZÜRICH

JA zur Steuersenkung – sonst zieht Zürich den Kürzeren!

Am 18. Mai haben wir im Kanton Zürich die Chance, eine längst überfällige Korrektur vorzunehmen. Unsere Unternehmenssteuern sind heute zu hoch, unser Wirtschaftsstandort verliert an Attraktivität und wir riskieren, weiter an Boden zu verlieren. Unser Kanton, das wirtschaftliche Herz der Schweiz, gehört bei den Unternehmenssteuern fast zum Schlusslicht. Nur Bern ist noch schlechter – und sorry an alle Berner, wirklich – aber mit Bern wollen wir uns in dieser Hinsicht doch nicht vergleichen, oder?

Wirtschaftliche Attraktivität fördern

Während andere Kantone wie Zug, Schwyz oder Aargau florieren und Unternehmen anziehen, stehen wir uns selbst im Weg. Wollen wir wirklich, dass Zürich zum Hochsteuer-Kanton verkommt, in dem Unternehmen abwandern, Löhne stagnieren und Arbeitsplätze verschwinden? Die Junge SVP sagt klar: Nein!

Die Fakten sind klar:

- Über 1000 Unternehmen haben Zürich in den letzten sieben Jahren verlassen. Das sind Arbeitsplätze, Karrieremöglichkeiten und Lehrstellen, die verloren gingen.
- Die geplante Senkung der Gewinnsteuer von 7% auf 6% ist moderat, aber notwendig, um Zürich wieder wettbewerbsfähig zu machen.
- Andere Kantone haben es bereits vorgemacht: Weniger Steuerbelastung führt nicht zu Verlusten, sondern zu Mehreinnahmen, weil Unternehmen bleiben, investieren und neue Unternehmen angesiedelt werden.
- Unternehmen selbst zahlen letztlich keine Steuern – es stehen immer Menschen dahinter. Die hohe Steuerlast tragen wir als Konsumenten, Arbeitnehmer und letztlich als Gesellschaft.

Eine Reform, von der alle profitieren

Wer Nein sagt zur Steuersenkung, sagt Ja zu Unternehmensverlust, Lohndruck und weniger Chancen für junge Menschen. Wer Ja sagt, sagt Ja zu Innovation, Arbeitsplätzen und einem florierenden Zürich. Was willst du?

Die Junge SVP des Kantons Zürich steht klar hinter dieser Vorlage. Wir lassen es nicht zu, dass unser Kanton zum wirtschaftlichen Absteiger wird. Tiefere Steuern sind gerecht! Denn davon profitieren wir alle. Ich lege dir deshalb ans Herz, am 18. Mai JA zur Steuersenkung zu stimmen. Herzlichen Dank.

von Naemi Dimmeler

Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

Scannen Sie den **QR-Code**, um die aktuellen Videos der **SVP Kantonsratsfraktion** zu sehen.

KADERTAGUNG 2025

Fokus Wahlen und Mitgliedergewinnung

Am 22. März 2025 fand die Kadertagung der SVP des Kantons Zürich im Hotel Swiss Star in Wetzikon statt. Die Veranstaltung stand unter dem Motto «Mitgliedergewinnung und Wahlen 2026/2027» und bot den Teilnehmern eine Plattform für den Austausch von Ideen und Strategien zur Stärkung der Partei.

SB. Nach einem gemeinsamen Willkommenskaffee und Gipfeli eröffnete Parteipräsident und Kantonsrat Domenik Ledergerber die Tagung mit einer Begrüssung und kurzen Einführung in die Ziele der Veranstaltung. Anschliessend folgte ein Referat des ehemaligen Präsidenten der SVP Schweiz, Alt Nationalrat Toni Brunner, der auf die Bedeutung einer starken Parteibasis, gezielter Mitgliederwerbung und persönlichen Engagements einging.

Ein weiteres Inputreferat von Kantonsrat und Fraktionspräsident Tobias Weidmann widmete sich der Mitgliedergewinnung. Mit Blick auf die Wahlen müssen auch neue Ansätze geprüft und weitergehende Massnahmen diskutiert werden.

Gruppendiskussionen zur Mitgliedergewinnung

Im Anschluss daran fanden geführte Gruppendiskussionen statt, in denen die über 100 Teilnehmenden ihre Ideen zur Mitgliedergewinnung austauschten. Die besten Vorschläge wurden daraufhin im Plenum präsentiert und diskutiert.

Blick auf die kommenden Wahlen

Ein weiterer Schwerpunkt der Tagung waren die Wahlen 2026/2027. Bereits in zwölf Monaten finden im Kanton Zürich kommunale Wahlen statt, während es im Frühjahr 2027 die kantonale Legislative sowie Exekutive neu zu bestimmen gilt. In einem gesonderten Programmpunkt wurden die wichtigsten Informationen zur Vorbereitung und Strategieplanung vermittelt.

Fazit und Ausblick

Zum Abschluss der Veranstaltung wurden die zentralen Erkenntnisse zusammengefasst und das weitere Vorgehen besprochen. Parteipräsident Domenik Ledergerber hielt das Schlusswort und bedankte sich bei den Teilnehmenden für ihr Engagement zugunsten der Partei. Er erinnerte daran, das Logo der SVP mit Stolz zu tragen.

«Seid stolz, das Logo der SVP zu tragen und es zu vertreten.»

Die Tagung bot eine wertvolle Gelegenheit, neue Impulse für die Parteiarbeit zu setzen und konkrete Massnahmen für die Zukunft zu erarbeiten. Die gesammelten Ideen zur Mitgliedergewinnung sollen nun weiterverfolgt und in den Sektionen sowie Bezirken umgesetzt werden.

Der ehemalige Präsident der SVP Schweiz hat den Weg vom Toggenburg nach Wetzikon gefunden: Alt Nationalrat Toni Brunner neben Kantonsrätin Marion Matter und Nationalrat Thomas Matter. Bild: SVP Kanton Zürich

JA ZU TIEFEREN STEUERN

Für den Mittelstand, nicht für Grosskonzerne

Der Kanton Zürich steht vor einer wegweisenden Entscheidung: Soll die Gewinnsteuer von sieben auf sechs Prozent gesenkt werden? Linke Kreise behaupten, es handle sich dabei um ein «Steuergeschenk an Grosskonzerne». Doch das greift zu kurz – und ist schlicht falsch. Denn profitieren würden vor allem unsere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), ihre Mitarbeitenden und der gesamte Mittelstand.

Marc Bochsler
Kantonsrat und Präsident SVP Wettswil am Albis
Wettswil am Albis

Der Glaube, Steuersenkungen kämen nur Firmenchefs oder Aktionären zugute, hält sich hartnäckig – ist aber ein Irrtum. Unternehmen zahlen Steuern nicht aus einem geheimen Geldtopf. Sie müssen diese Mittel am Markt erwirtschaften. Hohe Steuern bedeuten: weniger Spielraum für Lohnerhöhungen, Investitionen und neue Arbeitsplätze.

Wenn Unternehmen zahlen, zahlen auch die Angestellten

Wer die Realität kennt, weiss: Steigende Steuerlast führt oft zu Sparmassnahmen beim Personal. Investitionen bleiben aus, Arbeitsplätze wandern in steuerfreundlichere Kantone oder ins Ausland ab – und am Ende zahlen auch die Konsumenten, weil Unternehmen die Mehrkosten weitergeben müssen. Höhere Unternehmenssteuern treffen also nicht nur die Firmen, sondern uns alle.

Steuersenkungen stärken den Staat – und die Wirtschaft

Das Argument, tiefere Unternehmenssteuern führten zu sinkenden Staatseinnahmen, klingt logisch – ist aber durch die Realität widerlegt. Der Blick in andere Kantone zeigt ein klares Bild:

- Genf senkte die Steuerbelastung um 43% – und erzielte 47% mehr Einnahmen.
- In der Waadt führte eine Reduktion um 34 % zu einem Plus von 24%.
- Schwyz senkte um 13% – die Einnahmen stiegen um 69%.
- Obwalden verzeichnete nach einer Senkung um 17% sogar einen Anstieg um 107%.

Diese Beispiele zeigen eindrücklich: Wer die Steuerlast reduziert, stärkt die wirtschaftliche Dynamik – und füllt am Ende auch die Staatskasse.

Zürich darf den Anschluss nicht verlieren

Während andere Kantone aktiv in ihre wirtschaftliche Zukunft investieren, droht Zürich ins Hintertreffen zu geraten. Zwischen 2021 und 2023 sind über 500 Unternehmen aus dem Kanton abgewandert – viele davon nach Aargau, Schaffhausen oder Zug. Ein zentraler Grund: die tiefere Steuerbelastung. Jeder Unternehmensverlust bedeutet weniger Arbeitsplätze, weniger Innovation, weniger Zukunftsperspektiven.

Wer Zürich als starken Wirtschaftsstandort erhalten will, muss jetzt handeln. Eine wettbewerbsfähige Steuerpolitik ist kein Geschenk – sie ist Voraussetzung für Wohlstand, Stabilität und soziale Sicherheit.

Für alle, die täglich anpacken

Unser Wohlstand beginnt bei jenen, die früh aufstehen, Verantwortung tragen, Arbeitsplätze schaffen und täglich zum Erfolg dieses Kantons beitragen. Sie verdienen eine Steuerpolitik, die Leistung belohnt statt bestraft.

Am 18. Mai haben wir es in der Hand: Bleibt Zürich ein Hochsteuerkanton – oder entlasten wir endlich den Mittelstand? Ein JA zur Steuersenkung ist ein JA zur Arbeit, zu besseren Löhnen, zu sicheren Jobs und zu einer starken Zürcher Wirtschaft.

Eine wettbewerbsfähige Steuerpolitik ist kein Geschenk, sondern Voraussetzung für Wohlstand, Stabilität und soziale Sicherheit – davon profitieren am Ende alle. Bild: Adobe Stock

JUNGE SVP DES KANTONS ZÜRICH

Offener Brief an Regierungsrätin Jacqueline Fehr zum Fall «Travis the Creator»

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin Fehr

Am 24. März hätte sich der Zürcher Influencer «Travis the Creator» wegen des Verdachts auf mehrfache Vergewaltigung und sexuelle Nötigung vor dem Bezirksgericht Zürich verantworten müssen. Doch dazu kommt es nicht – der beschuldigte Mann, ein Ghanaer, befindet sich nicht einmal mehr in der Schweiz. Er hat sich ins Ausland abgesetzt und geniesst einen Aufenthalt in Spanien – von dort aus lässt er sich von einem Arzt entschuldigen; er sei «verhandlungsunfähig». Dass das Bezirksgericht Zürich dieses Attest als glaubwürdig empfindet, obwohl der Angeklagte bereits im Februar erfolglos versucht hatte, den Prozess aufgrund der medialen Berichterstattung zu verschieben, ist des Schweizer Rechtsstaats unwürdig. Der nächste Verhandlungstermin ist ungewiss und kann noch Monate dauern.

Dieser Skandal ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht der mutmasslichen Opfer, sondern auch eine Bankrotterklärung der Zürcher Justiz. Während Frauen und sogar Mädchen (!) auf Gerechtigkeit warten, kann sich ein verurteilter Sexualstraftäter ungehindert ins Ausland absetzen und sich dem Prozess entziehen. Das ist an Absurdität nicht zu übertreffen!

Frau Fehr, als Vertreterin einer Partei, die sich den Feminismus auf die Fahne schreibt – warum schreiten Sie nicht ein? Dieser Mann führt unsere Justiz vor, und Sie schauen tatenlos zu!

Sie müssen sich deshalb folgende Fragen gefallen lassen:

- Wie kann es sein, dass der 2021 wegen Schändung verurteilte Ghanaer heute bereits auf freiem Fuss ist? Warum wurde damals kein Landesverweis ausgesprochen?
- Warum konnte der Beschuldigte mit offenen Verfahren in dieser Schwere die Schweiz verlassen?
- Warum akzeptiert das Gericht ein spanisches Arztzeugnis, ohne dieses selbst auf seinen Wahrheitsgehalt zu prüfen?
- Was sagen Sie den Opfern, die nun zusätzlich zu den widerlichen Taten, noch ein verlängertes Verfahren aushalten müssen?
- Bleiben Sie dabei, dass diese Migration tragbar ist?
- Denken Sie wirklich, dass Sie Ihrem Amt gerecht werden oder sind Sie schlicht überfordert?

Die Junge SVP fordert, dass «Travis the Creator» sofort wieder an die Schweiz ausgeliefert wird und sich dem Rechtsstaat stellen muss. Eine schonungslose Aufarbeitung dieses Justizskandals ist unumgänglich. Die Opfer verdienen endlich Gerechtigkeit – nicht einen Staat, der Sexualstraftäter davonkommen lässt!

SVP BEZIRK AFFOLTERN

Eine politische Vitaminspritze im Säuliamt – Ueli Maurer: Freiheit zuerst!

Auf Einladung der SVP des Bezirks Affoltern sprach Alt Bundesrat Ueli Maurer am 19. März in Hausen am Albis vor dem vollen Saal des historischen «Löwen» aus dem Jahr 1833 während über einer Stunde zum Thema Freiheit, Freiheit des Menschen und Freiheit und Unabhängigkeit des Landes, die einander gegenseitig bedingen. Anschliessend beantwortete er fast nochmals eine Stunde lang die zahlreichen Fragen des Publikums.

Bezirkspräsident David Vogelsanger führte den Referenten als «einen von uns» ein, der Ueli Maurer als Zürcher Bauernsekretär, als langjähriger schweizerischer und kurzzeitiger Zürcher SVP-Präsident, als Parlamentarier und schliesslich während dreizehn Jahren im Bundesrat immer geblieben ist. Ausgehend vom Freiheitsbegriff sprach Maurer, ohne einen Zettel vor sich, über den besonderen schweizerischen Freiheitsbegriff, unser weltweit einzigartiges direktdemokratisches System, den Nutzen eines kleinen, neutralen Landes für den Frieden in einer von Konflikten geplagten Welt, die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber der krisengeschüttelten Europäischen Union, den freien Handel mit der ganzen Welt, die Armee, die Schule und vieles andere mehr.

Alt Bundesrat Ueli Maurer mit Hellebarde und Bezirkspräsident David Vogelsanger. Bild: zVg

Die Wurzeln nicht vergessen

Auch für den Tell brach Ueli Maurer eine Lanze. Es sei müssig zu diskutieren, was nun genau historisch erwiesen sei; wichtig sei der Grundgedanke hinter den alten Geschichten. Der Zuhörer dachte hier unwillkürlich an Gottfried Keller: *«Ob sie geschehen, ist hier nicht zu fragen, die Perle jeder Sage ist ihr Sinn.»* Dass Schweizer Kindern heute unsere Geschichte von der Schule bewusst vorenthalten wird, ist ein Verbrechen an der künftigen Generation. Auch eine Nation könne nämlich dement werden, wenn sie vergesse, wo sie herkomme und was ihre Seele ausmache. In den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren müsse das Steuer hier unbedingt herumgerissen werden.

Natürlich sprach Ueli Maurer als ehemaliger Chef des Verteidigungsdepartements und Kommandant eines Radfahrerbataillons auch zu Armeefragen, aber weniger zu den anstehenden grossen Rüstungsprojekten als zur Grundfrage: Sind junge Schweizer heute noch bereit, ihr Leben für dieses Land einzusetzen, wenn dies notwendig sein sollte? Als früherer Finanzminister plädierte er für Masshalten im ausufernden Sozialbereich, damit der Staat seine Grundaufgabe – nämlich die Sicherheit – wieder erfüllen könne. Er unterstrich auch, dass unsere Partei als einzige seit 25 Jahren den Missbrauch des Asylsystems konsequent bekämpfe, aber damit bis heute in der Minderheit geblieben sei.

Sogar die Linken stimmen uns zu

Es folgte eine äusserst lebhafte Diskussion mit vielen zustimmenden und einzelnen kritischen Voten. Besonders erfreulich war das klare Bekenntnis eines ehemaligen SP-Kantonsrats zur Neutralität unseres Landes.

Zum Abschluss überreichte Bezirkspräsident David Vogelsanger unter grossem Applaus Ueli Maurer «zum Dank für diese politische Vitaminspritze und als Symbol der Freiheit» eine handgeschmiedete Hellebarde, wie sie schon Parteipräsident Marcel Dettling nur sechs Monate zuvor von der Kappeler Milchsuppe nach Hause tragen durfte.

SVP des Bezirks Affoltern

SVP STÄFA

Der Demenz unseres Landes entgegenwirken

Wer auf einen warmen Frühling für die Schweiz hofft, der lehne sich auf seinem Liegestuhl zurück und warte. Irgendwann kommen sie schon, die Tage mit den milden Lüftchen und die Krokusse, Narzissen und Osterglocken mit ihren zarten Düftchen.

Wer sich die Einkäufe per Direktlieferung zukommen lässt, den muss es nicht stören, wenn einer auf dem Dorfmarkt sein Messer zückt und zusticht. Nur: Eines Tages handelt es sich bei den Betroffenen um unsere Kinder und Kindeskinder. Der Zaun um unsere gehegten Rasen, gepflegten Rosenstöcke und die geliebten Magnolien – eine Demonstration unseres Selbstverständnisses von Lohn durch Leistung – kann von heute auf morgen seine Bedeutung verlieren. Die Essenz von Ueli Maurers Stäfner Rede ist klar: Aktives Handeln ist gefragt. Unseren Allerwertesten vom Liegestuhl lösen – sofern uns dieser noch wichtig ist. Aber wie?

Politik des Volkes, durch das Volk und für das Volk

Um dieser Frage nachzugehen, hat die SVP Stäfa am 21. März eine Veranstaltung unter dem Titel «Milizpolitik: Wie gelingt der Einstieg?» organisiert. Über 40 Gäste – nebst Maurer die Meilemer Kantonsrätin Marion Matter, Nationalrätin Nina Fehr Düsel und der Küsnachter Gemeinderat Adrian von Burg – wurden von einem gut gelaunten Parteipräsidenten Lukas Bubb begrüsst. Bekanntlich stellt das Milizsystem, nebst der direkten Demokratie und dem Föderalismus, eine von drei Komponenten dar, welche das Vertrauen des Schweizer Stimmvolks in die Politik festigen. Man geht davon aus, dass diejenigen, die uns vertreten, zu Hause auch Wasser trinken – und nicht Wein.

Maurer trumpfte mit konkreten Ratschlägen auf: aktiv nach Neumitgliedern suchen, mehrere Mitglieder zusammen anwerben und mehr als einen Kandidaten für ein bestimmtes Amt aufstellen. Getreu dem Prinzip: Zwei Kühe fressen schöner als eine – junge Kandidaten unterstützen und individuelles Mentoring durch erfahrenes Personal. Adrian von Burg riet angehenden Amtsträgern, stets mit dem Volk im Austausch zu bleiben. Unvermeidlich bliebe dabei die Synthese von Beruf, Politik und Privatleben. Deshalb, so Nationalrätin Fehr Düsel, wäre es wichtig, Grenzen zu setzen und Time-outs einzuplanen. Die Mutter zweier Kinder hat das Publikum mit Updates aus der Frühjahrssession beliefert. Von unserer Kantonsrätin Marion Matter hallt die Äusserung nach, dass sie sich schon öfter in der Position sah, jemandem erklären zu müssen, dass die SVP nichts mit den Nationalsozialisten am Hut habe. Aus ihrer Schilderung lässt sich Empörung heraushören. Ebendieses Gefühl stellte aber für sie persönlich jenen Antrieb dar, den es braucht, um verdrehte Tatsachen richtigzustellen.

v.l.n.r.: Lukas Bubb, Präsident SVP Stäfa; Ueli Maurer, Alt Bundesrat SVP; Marion Matter, Kantonsrätin SVP; Adrian von Burg, Gemeinderat SVP; Nina Fehr Düsel, Nationalrätin SVP. Bild: SVP Stäfa

Unsere Identität wahren

Die Rolle der SVP – in diesem Punkt waren sich die Gastredner einig – werde oft missverstanden. Im Grunde, so Maurer, gehe es unserer Partei darum: «Die Schweiz vor ihrer eigenen Demenz zu schützen.» Sprache, Kultur und Geschichte, so der weltgewandte Alt Bundesrat, seien Werte, die unsere Identität ausmachten: «Unsere Kinder befinden sich auf der Suche nach Identität. Wollen wir eines Tages sagen: Los zue, du häsch keini?». Anders ausgedrückt: «Du bisch niemert?». Dazu nennt Maurer die Stelle aus dem Johannesevangelium (Johannes 8), in der eine Ehebrecherin gesteinigt werden soll. Jesus sagt: «Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie.» «Als Schweizer», so der Vater von sechs Kindern, «sind wir es gewohnt, uns zu besinnen. Nun werden wir aber von Kulturen überrannt, die noch so gerne noch so viele Steine gegen wen und was auch immer werfen.» Maurers eindrucksvolles Referat gipfelte in einem Vergleich aus der Sportwelt, in der selbst die schwächste Mannschaft einen Überraschungssieg erringen könne. Die einzige Bedingung wäre: Hoffnung. «Wir dürfen die Hoffnung nicht verlieren. Unsere Partei muss weiterkämpfen. Für unsere Sprache, für unsere Kultur und für unsere Geschichte – die schönste Geschichte überhaupt.»

Rahel Senn,
Vorstand SVP Stäfa,
Stäfa

FORTSETZUNG DES KURSES

Ein neuer Bundesrat

Im Vorfeld der Bundesratswahlen habe ich kein Geheimnis daraus gemacht: Ich hätte Markus Ritter dem schliesslich gewählten Martin Pfister vorgezogen. Warum? Ritter hat sofort von der Bedeutung der Landesverteidigung gesprochen. Und von seinem Auftrag, die personell und materiell heruntergewirtschaftete Armee wiederaufzubauen.

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Doch die Rotgrünen haben Martin Pfister geschlossen gewählt, weil er gesinnungsmässig ein Euroturbo ist. Er sagt jetzt schon, er wolle dem EU-Unterwerfungsvertrag – der gegen die schweizerische Unabhängigkeit und die Volksrechte ist – zum Durchbruch verhelfen. Pfister findet, er könne gut damit leben, dass dazu kein Ständemehr notwendig ist. Ausgerechnet ein Regierungsrat des drittkleinsten Kantons will nicht, dass Zug mitentscheiden darf. Da sieht man, wie tief mittlerweile auch die Kantonsregierungen gefallen sind. Sie geben ohne Weiteres den Föderalismus – eine der Hauptstärken der Schweiz – auf. Pfister spricht auch bereits von einer Annäherung an das militärische NATO-Bündnis und ist innerlich für den NATO-Beitritt.

Jetzt haben wir die Fortsetzungen des Kurses von Bundesrätin Viola Amherd, die ja auch auf dieser schiefen Ebene unterwegs war. Es wird behauptet, der Bundesrat sei mit je zwei Vertretern von SVP und FDP eine Mitte-Rechts-Regierung. In Wahrheit sind FDP-Bundesrat Ignazio Cassis wie die SP und Die Mitte auf EU-Anschluss-Kurs.

Gesucht war die Ausrede bei der Nichtwahl von Markus Ritter, es seien zu viele Bauern im Bundesrat. Wer Schwarznasenschafe hält, zählt demnach zu den Bauern. Wahrscheinlich ist auch Frau Keller-Sutter eine Bäuerin, weil sie zwei Hunde besitzt.

Neuer Bundesrat, alter Kurs: Martin Pfister führt den Weg Viola Amherds weiter. Bild: Wikimedia

Einladung zum
Sessions-Apéro

Rückblick auf die Frühjahrs-Session,
Aktualitäten aus dem VBS und
Sicherheitspolitik mit:

Nationalrat **Martin Haab**
Nationalrat **Mauro Tuena**

Donnerstag, 3. April 2024,
19.30 Uhr
Hasentalstrasse 3, 8934 Knonau
(Eventhalle der British Classic Cars AG)

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Freundliche Grüsse – SVP Knonau
Imbiss offeriert!

Fadegrad

von
Marion Matter

Von Schwiegermüttern und Pantoffelhelden

Kürzlich sass ich im Zug und scrollte gedankenverloren durch die News. Bis eine Schlagzeile unvermittelt meine Aufmerksamkeit erregte: SP-Rosenwasser sei «stinkhässig». Oha, was ist passiert?
Die Neo-Nationalrätin der SP regte sich furchtbar über den Werbeslogan einer Vergleichsplattform für Handy-Abos auf. Dieser lautete: «Schwiegermutter wechseln? Schwierig. Handy-Abo wechseln? Einfach.» Sich einer bösen Schwiegermutter zu entledigen, ist tatsächlich nicht so einfach und bedeutet entweder, die Sache tapfer auszusitzen, bis sich das Problem irgendwann von alleine löst, oder aber, sich scheiden zu lassen.
Anna Rosenwasser monierte, man bediene sich eines abgedroschenen Klischees, das ältere Frauen abwerte. Aha, Schwiegermütter sind also generell schon mal alt. Weiter meinte sie, interessant werde es, wenn man sich bewusst mache, dass der Stereotyp nur für Schwiegermütter gelte, nicht aber für Schwiegerväter. War das dieselbe Anna Rosenwasser, die sich kürzlich höchstpersönlich eines viel übleren Stereotyps bediente? Mit ihrer Parteikollegin Tamara Funiciello verkündete sie, sich auf die Frauen-Fussball-EM in der Schweiz zu freuen. Sie meinte aber nicht etwa den Mannschaftssport an sich, sondern liess sich zur peinlichen Aussage hinreissen, dass sie dann «Lesben beim Sport zuschauen könne». Die Empörung über diese verbale Entgleisung war selbst bei den linken Medienhäusern gross. Dennoch dauerte es eine Weile, bis die kleinlaute Entschuldigung folgte, man habe es doch gar nicht so gemeint.
Aber zurück zum Thema: Die «stinkhässige» Rosenwasser kroch den findigen Werbern kopflos auf den Leim. Ziel erreicht, man spricht darüber. Und warum ärgert man sich überhaupt über eine solche Formulierung? Eine selbstbewusste Frau sollte solche Dinge doch mit einem Lächeln abtun und zur Tagesordnung übergehen. Nun stellt sich mir die Frage, ob es in Bundesbern keine anderen Probleme gibt, um die man (oder eben frau) sich kümmern sollte? Zugegeben, wenn Linke ihre Zeit mit solchen Unzulänglichkeiten verbringen statt Vorstösse einzureichen, kostet das den Steuerzahler unter dem Strich weniger.
Es gibt übrigens unzählige, nicht unbedingt nette, ja gar abschätzige Bezeichnungen für unsere männlichen Mitmenschen. Nehmen wir den Spargeltarzan, welcher für einen zwar grossgewachsenen, aber von der Statur her dünnen und blass aussehenden Mann steht. Oder den Warmduscher, den Sitzpinkler, den Hallodri und den Frauenversteher – allesamt männlich geprägt. Womit wir zum krönenden Abschluss beim Pantoffelhelden wären. Liebe Frauen, angeln Sie sich bloss kein solches Exemplar der männlichen Spezies. Denn dann bekommen Sie es womöglich mit der bösen Schwiegermutter zu tun, die ihr Muttersöhnchen wie eine Löwin beschützt.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Nächstes sinnentleertes Vorhaben gegen Autofahrer

Der Bund und die Stadt schmeissen wieder Geld zum Fenster raus, für etwas, das wir bereits haben!

Michele Romagnolo
Gemeinderat SVP
Zürich

Wir haben mehrere Begegnungszonen und nun kommt der Superblock, oder will die Stadt Zürich die Leute bevormunden? Der Bund hat auch die Hand im Spiel und prüft, wie Quartiere mit Bänkli und Blumenkisten oder rollenden Bäumen freundlicher werden. Haben wir keine grösseren Probleme in unserer Schweiz als die vom Bund in Auftrag gegebene Verkehrsberuhigung in den Quartieren?

Worum geht es?

Ich bin sehr überrascht, dass ein SVP-Bundesrat solch einen Unsinn mitmacht. Nach Ansicht der Befürworter soll das Auto vollständig aus dem Stadtbild verschwinden, indem das Prinzip von Barcelona angewendet werden soll. Die Stadt Zürich will nachziehen und treibt die Einführung von Superblocks voran. Sie hat jedoch ein eigenes Projekt mit dem Namen «Quartierblöcke». Der Stadtrat hat vier Gebiete für das Pilotprojekt ausgewählt, in denen derzeit mögliche Varianten ausgearbeitet werden, ohne dass die Politik beteiligt ist. Die jeweilige Bau- und Nutzungsordnung (BNO) wird eingehalten. Werden die Stadträte eigenständig entscheiden, ohne das Parlament und die Bevölkerung einzubeziehen?

Wenn die linksgrüne Stadtregierung so weitermacht, zerstört sie das übrig gebliebene Gewerbe und die Leute werden die Stadt Zürich meiden. Das sind sozusagen Vorläufer, denn aus einem Superblock oder Quartierblock werden zwei, dann drei usw. Die linksgrüne Stadtregierung will eine autofreie Stadt sein.

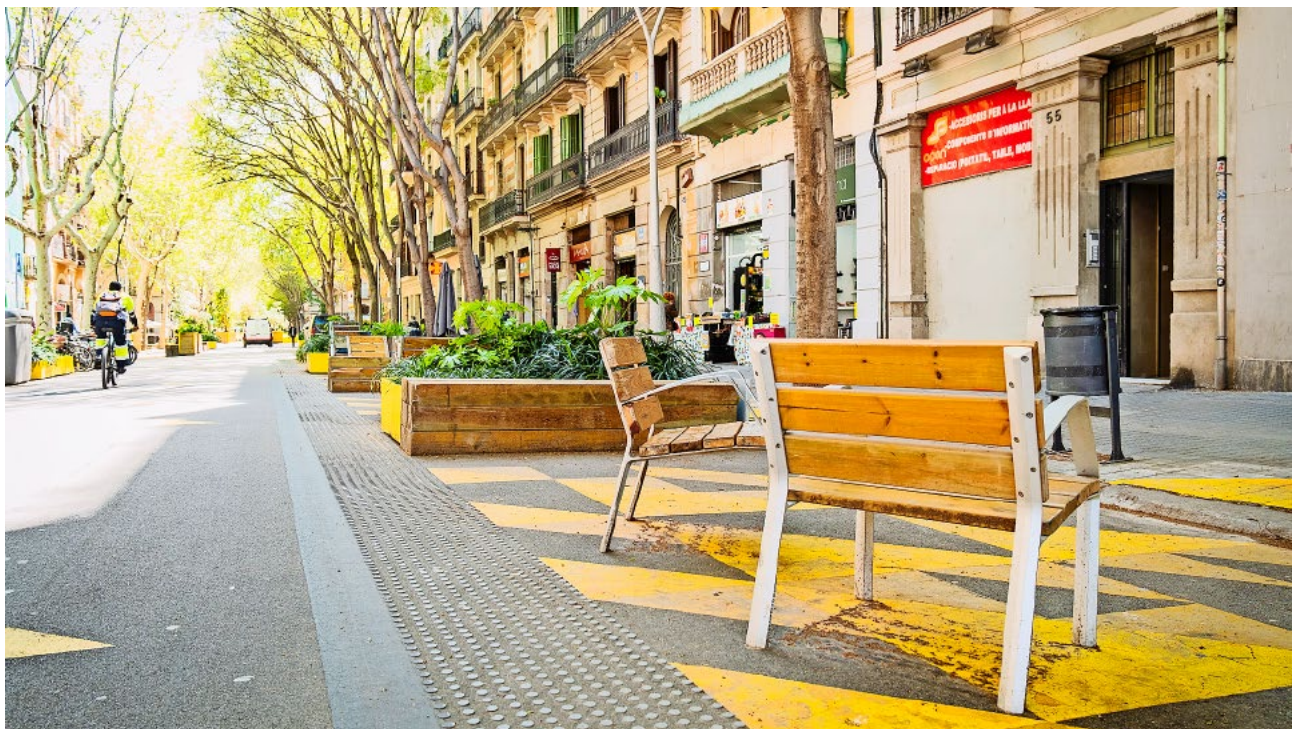
In einer Stadt sind die Autos genauso wichtig wie der ÖV, oder soll der Techniker, wenn die Waschmaschine, Kühltruhe usw. aussteigt, mit dem Lastenvelo anreisen, um den Kühlschrank oder die Waschmaschine auszutauschen? Und sollen Feuerwehr und Krankenwagen oder ein grosser Schwertransporter auch auf Velo oder ÖV umsteigen oder kommen diese Fahrzeuge gelegen, weil sie benötigt werden? Nicht zu vergessen sind die Behinderten, die auf ein Auto angewiesen sind. Werden diese Details in einer zweiten Zusatzstudie untersucht und erneut dem Steuerzahler in Rechnung gestellt? Wer sich in der Stadt nicht wohlfühlt, könnte die Gelegenheit nutzen und in das nahe ländliche Gebiet ziehen. Da gibt es weniger Verkehr und viel Grün für die Grünen!

Fokus auf die wahren Probleme

Dies ist für mich keine Verkehrsberuhigung, nein, das ist pure Schikane. Es gibt viele Menschen, die auf das Auto angewiesen sind, da es keine öffentlichen Verkehrsmittel gibt, die 24 Stunden täglich von A nach B fahren.

Es ist das Ziel der Linken, mit ihrer Mehrheit im Parlament ein ruhiges Quartier zu schaffen. Für das Pilotprojekt werden sicherlich viele Fachleute herangezogen, die sich eine goldene Nase auf Kosten der Steuerzahler verdienen. Aber nicht vergessen: Wer übernimmt die ausgebliebene Strassensteuer, wenn niemand mehr Auto fährt? Aus eigener Erfahrung sind die Velofahrer nicht bereit, die Strassensteuer zu übernehmen. Habt ihr bereits darüber nachgedacht? Oder soll erneut die gesamte Gesellschaft für euren Unsinn aufkommen? Allerdings weiss man aus Erfahrung, dass dies erst dann der Fall ist, wenn man selbst von Einschränkungen betroffen ist.

Ich möchte, dass diese Idee, die bereits existiert, nicht auf den Tisch kommt und wir uns auf die aktuellen Probleme konzentrieren wie mehr Freiheit, Sicherheit, Masseneinwanderung, Jugendkriminalität und keine 10-Millionen-Schweiz.



Nach dem Vorbild Barcelonas sollen ganze Quartiere nach und nach autofrei werden. Bild: Adobe Stock

AUS DEM DÜBENDORFER GEMEINDERAT

Negative Vorwirkung muss aus dem PBG entfernt werden

Nächstens entscheidet der Zürcher Kantonsrat über eine Parlamentarische Initiative der SVP, FDP und EVP, mit der die negative Vorwirkung aus dem Zürcher Planungs- und Baugesetz (PBG) zum Verschwinden gebracht werden soll.

Orlando Wyss
Gemeinderat und
Fraktionspräsident SVP
Dübendorf

Als einziger Kanton der Schweiz besitzt Zürich diese Bestimmung, laut der nicht nur die bestehenden Bauordnungen der Gemeinden berücksichtigt werden müssen, sondern auch die geplanten Änderungen einer Revision der Nutzungsplanung. Das heisst, dass wenn der Gemeindevorstand eine planungsrechtliche Festlegung beantragt hat, diese sofort zu beachten ist, auch wenn sie noch nicht beschlossen wurde. Das gilt aber nur für einschränkende Massnahmen, daher der Name «negative Vorwirkung». Würde eine geplante, aber noch nicht umgesetzte Massnahme, etwa eine Erhöhung der Ausnützung vorgesehen sein, wäre dies eine positive Vorwirkung. Diese kann aber aus verständlichen Gründen nicht gelten. Mit der Abschaffung dieser negativen Vorwirkung soll die bestehende Bauordnung so lange gelten, bis die neue rechtskräftig ist.

Dübendorf von negativer Vorwirkung betroffen

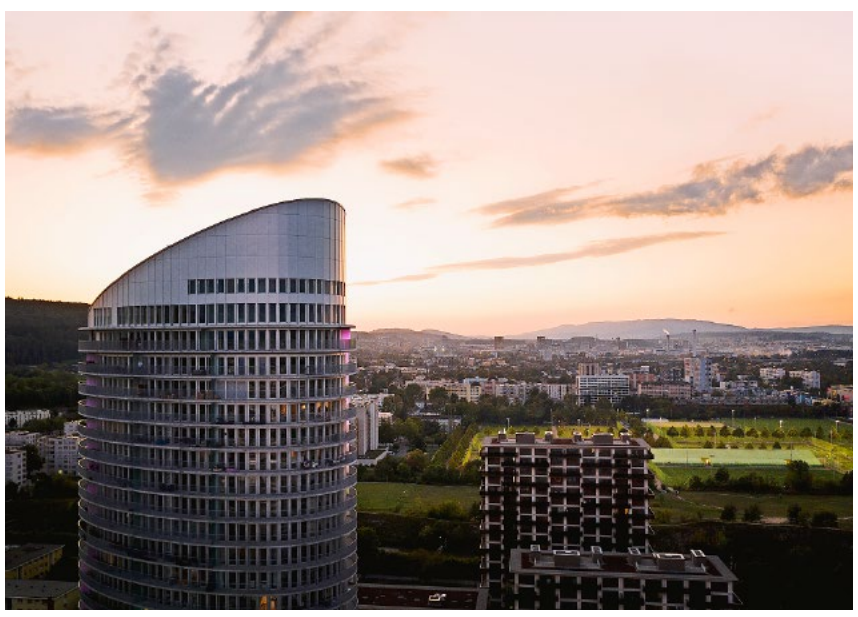
In Dübendorf haben dieses Jahr die Beratungen in der gemeinderätlichen Kommission für Raumplanung und Landgeschäfte (KRL) zur Ortsplanungsrevision begonnen. Die neue Bau- und Zonenordnung soll revidiert werden. Ein Thema unter vielen sind Wohnzonen mit Gewerbeerleichterungen. Diese gab es in der bestehenden Bauordnung schon, doch sind einige dazugekommen. Bis jetzt war eine Wohnzone mit Gewerbeerleichterungen so definiert, dass in den bezeichneten Wohngebieten in Liegenschaften bis maximum 20 Prozent Gewerbeanteil eingeplant werden durfte. Dies entsprach auch dem Begriff «Erleichterungen», da es eine freiwillige Entscheidung des Investors war, dort Gewerbeanteil vorzusehen, wo es auch Sinn machte; also an Strassenzügen, wo Publikumsverkehr zu erwarten ist und die Gewerbefläche auch erfolgreich vermietet werden kann. In rückwärtigen Lagen in einem solchen Wohnquartier wäre dies schwer vermietbar und wurde somit auch nicht für Gewerbeflächen vorgesehen.

Dies soll in der neuen Bau- und Zonenordnung umgekehrt werden. Von Wohnzonen mit Gewerbeerleichterungen zu sprechen, ist absurd, denn diese Zonen müssten Wohnzonen mit Gewerbezwang genannt werden. In diesen Wohnzonen, wo man bisher freiwillig bis 20 Prozent Gewerbeflächen vorsehen konnte, wird vorgeschrieben, dass in einem Wohnquartier in jeder neuerstellten Liegenschaft 20 Prozent Gewerbeflächen einzuplanen sind. Ein völliger Irrsinn, wenn man weiss, dass es vor allem in Agglomerationsgemeinden Wohnraum ist, welcher fehlt. Da nützt es nichts, eine Aufzonung zu machen, wenn die zusätzliche Fläche nicht mit benötigtem Wohnraum, sondern mit nicht benötigtem Gewerberaum gebaut werden muss.

Und hier kommt die negative Vorwirkung zum Tragen. An unsere Gemeinderatsfraktion wurde ein Fall eines Investors herangetragen, welcher in einer Wohnzone mit Gewerbeerleichterungen noch nach der bestehenden Bauordnung eine Wohnliegenschaft erstellen wollte. Er wollte explizit nur Wohnraum ohne Gewerbeanteil schaffen, da dies in dieser Gegend auch Sinn macht. Doch wegen der negativen Vorwirkung wurde sein Gesuch zurückgewiesen. Will er sein Vorhaben umsetzen und eine Wohnliegenschaft erstellen, hat er aus jetziger Sicht nur zwei Möglichkeiten: Entweder passt er sein Bauprojekt an und erstellt diese Liegenschaft mit den sehr wahrscheinlich schwer vermietbaren Gewerbeflächen, oder er wartet ab, bis die neue Bau- und Zonenordnung vom Volk genehmigt in Kraft tritt. Hier muss er aber hoffen, dass es der SVP gelingt, diese unsägliche neue Auslegung einer Wohnzone mit Gewerbeerleichterung zu verhindern – damit eine Erleichterung eine solche bleibt und kein Zwang, wie das jetzt vorgesehen ist.

Für Dübendorf kommt die Abschaffung der negativen Vorwirkung zu spät

Es ist zu hoffen, dass dem Kantonsrat die Abschaffung dieser negativen Vorwirkung gelingt. Dass das Geschäft überwiesen wird, ist wahrscheinlich. Dann wird daraus in der Kommission für Planung und Bau der definitive Gesetzestext formuliert, welcher dann im Kantonsrat noch eine Mehrheit bei der definitiven Abstimmung erhalten muss. Für unseren Investor aus Dübendorf kommt die Abschaffung aber leider zu spät. Bis dahin ist die neue Bau- und Zonenordnung längst in Kraft. Aber für zukünftige Investoren wird das Bauen vereinfacht, was schlussendlich in Zeiten von fehlendem Wohnraum auch das Ziel sein sollte.



Auch wenn die Abschaffung der negativen Vorwirkung für Dübendorf zu spät kommt, ist zu hoffen, dass dem Kantonsrat diese gelingt. Bild: Adobe Stock

SVP STADLERBERG

GV mit neuem Präsidenten und engagiertem Besuch

Am 14. März wählte die gut besuchte Generalversammlung René Christian Wehrle einstimmig zum neuen Präsidenten.

In den vergangenen zwei Jahren hatte Rosmarie Schlatter das Amt interimistisch geführt. Sie wird den Vorstand weiterhin mit viel Engagement unterstützen und präsentierte den Mitgliedern ein abwechslungsreiches Jahresprogramm, das sowohl politische als auch gesellige Anlässe umfasst.

Nach der Generalversammlung konnten die Anwesenden einem aufschlussreichen Vortrag von Mauro Tuena folgen. Der Nationalrat informierte lebendig und detailliert über die aktuellen politischen Themen in Bundesbern. Gemeindepräsident Dieter Schaltegger fragte, ob das geplante Tiefenlager für radioaktive Abfälle in Stadel bereits im Parlament diskutiert wurde. Laut Mauro Tuena war dies bisher noch nicht der Fall.

v.l.n.r.: Sektionspräsident René Christian Wehrle, Kantonsrat Karl Heinz Meyer, Vorstandsmitglied Rosmarie Schlatter, Nationalrat Mauro Tuena und Gemeindepräsident Dieter Schaltegger. Bild: SVP Stadlerberg

Kantonsrat Karl Heinz Meyer, der als spontaner Gast anwesend war, informierte zudem über die Abstimmungsvorlage und warb überzeugend für ein JA zur Steuervorlage. In der anschliessenden Fragerunde wurde einmal mehr deutlich – es braucht noch mehr SVP.

Vorstand SVP Stadlerberg

SVP STADT ZÜRICH KREIS 10

Politdebatte mit Andreas Glarner und Johann Widmer: Hart, aber fair

Letzten Freitag fand in Zürich eine hochkarätige Politdebatte statt, bei der Nationalrat Andreas Glarner und Gemeinderat Johann Widmer ihre Standpunkte zu den brisantesten Themen unserer Zeit darlegten. Beide sind bekannte Hardliner, die für ihre klare Meinung und ihren ungeschönten Blick auf das Wesentliche kein Blatt vor den Mund nehmen. Auch die Themen des Abends waren keine leichte Kost: Asylpolitik, Kriminalität und Migration – Themen, die in Zürich derzeit intensiv diskutiert werden.

Die Debatte bot eine schonungslose Analyse der Schweizer Asylpolitik. Es wurde kritisch hinterfragt, ob die Zahl der anerkannten Flüchtlinge angesichts der zunehmenden Diebstähle und Gewalt in der Stadt noch im richtigen Verhältnis steht. Es wurde betont, dass dieser Standpunkt keineswegs aus Ausländerfeindlichkeit resultiert, sondern aus dem Wunsch heraus, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. In Zürich wächst die Sorge um die steigende Gewalt, insbesondere in Verbindung mit eingebürgerten Personen mit Migrationshintergrund oder Asylanten. Messerstechereien und schwere Gewaltdelikte nehmen zu, während linksgrüne Parteien versuchen, das Problem herunterzuspielen.

Keine Sicherheitsgefährder einbürgern

Ein weiteres Thema war die Einbürgerungspraxis. Es wurde kritisiert, dass die Prüfung der Bewerber inzwischen nur noch oberflächlich durchgeführt wird, was dazu führe, dass immer mehr kriminelle oder integrationsunwillige Personen die Schweizer Staatsbürgerschaft erhalten. In diesem Zusammenhang stellte sich die Frage, ob der Bund ausreichend in der Lage ist, gefährliche oder unintegrierbare Personen konsequent von der Einbürgerung auszuschliessen.

Die SVP, häufig als «abschottend» dargestellt, setzt sich in diesem Kontext für eine strengere Einbürgerungspolitik ein, die sicherstellt, dass nur die richtigen Personen die Schweizer Staatsbürgerschaft erhalten. Ziel ist es, denjenigen, die sich aktiv in die Gesellschaft integrieren und die Werte der Schweiz respektieren, eine Perspektive zu bieten – und gleichzeitig die Sicherheit der Bevölkerung zu schützen.

Lösungsansätze durch respektvolle Diskussionen möglich

Nach der spannenden Debatte hatten die Gäste Gelegenheit, Fragen zu stellen, was den Abend zu einer interaktiven und offenen Diskussion machte. Viele nutzten diese Chance, um konkrete Lösungsansätze zu erörtern, mehr über die Visionen der beiden Politiker zu erfahren oder einfach nur sich die angestauten Frustrationen über die unangemessene Asylpolitik von der Seele zu reden.

Den Abschluss des Abends bildete ein gemütliches Nachtessen im lokalen syrischen Spezialitätenrestaurant. Der Gastgeber, selber ein Unternehmer mit Migrationshintergrund, ist das perfekte Beispiel für gelungene Integration. Während er erfolgreich Arbeitsplätze schafft und zur Gesellschaft beiträgt, lenken linksgrüne Strömungen das Land in eine sehr falsche Richtung.

Mit klaren Botschaften und angeregten Gesprächen ging der Polit-Apéro zu Ende – ein Abend, der zeigte, dass Zürichs politische Herausforderungen grösser sind denn je, aber auch, dass es durch respektvolle und sachliche Diskussionen möglich ist, Lösungen zu finden.

Jane Bailey,
Vorstand SVP Stadt Zürich Kreis 10,
Zürich

Der Polit-Apéro war geprägt von klaren Botschaften und angeregten Gesprächen, abgerundet durch ein gemütliches Abendessen. Bild: zVg

SVP OETWIL A.D.L.-GEROLDSWIL

Politprominenz am «Mis Dorf und mis Dihei!»

Ein bedeutender Meilenstein in der lokalen SVP-Landschaft: So wurde die neue SVP-Sektion Oetwil a.d.L.-Geroldswil offiziell gegründet. Zuvor hatten die jeweiligen Sektionen aus Oetwil an der Limmat und Geroldswil ihre Generalversammlungen abgehalten und einstimmig die Fusion beschlossen. Die Parteipräsidentin der neuen Sektion, Jennifer Fischer, führte souverän durch die Auflösungen und Neugründung (Fusion).

Am anschliessend gut besuchten Anlass mit über 100 Gästen moderierte Jennifer Fischer durch den gelungenen Abend. Mit dabei waren Nationalrat und SVP-Schweiz-Parteipräsident Marcel Dettling sowie die Nationalräte Fredi Heer und Mauro Tuena. Auf kantonaler Ebene sprach Kantonalpräsident Domenik Ledergerber. Zu den Gästen durfte Jennifer Fischer Rochus Burtscher, Kantonsrat und Mitglied der Bezirksparteileitung Dietikon, sowie Rainer Stüssi, neuer Präsident der Bezirkspartei Dietikon, begrüssen.

Diverse wichtige Politthemen im Fokus

Die nationalen Parlamentarier nahmen kein Blatt vor den Mund: Die hohe Zuwanderung und das Asylchaos mit den steigenden Kosten wurden als drängende Herausforderungen betont. Besonders hervorgehoben wurde die sogenannte Grenzschutz-Initiative, mit der die SVP einer «10-Millionen-Schweiz» entgegenwirken will. Auch der «Unterwerfungsvertrag» zwischen der Schweiz und der EU wurde kritisch thematisiert. Zudem wies Kantonalpräsident Domenik Ledergerber darauf hin, dass der Kanton Zürich bei der Unternehmensbesteuerung im nationalen Vergleich inzwischen Schlusslicht sei – hier soll die STAF-II-Vorlage mit einem JA am 18. Mai 2025 mit einer einprozentigen Steuersenkung Abhilfe schaffen.

Lokal verankert, kantonal engagiert und national vernetzt

Nach dem politischen Teil kamen auch Gemütlichkeit und Kulinarik nicht zu kurz: Bei Ghackets mit Hörnli, Apfelmus und Schwarzwälder-Torte wurden Gespräche vertieft und Kontakte gepflegt – begleitet von Wein, Bier und Kaffee.

Herzlicher Dank gebührt allen Vorstandsmitgliedern der SVP Oetwil a.d.L-Geroldswil und Helfer/-innen, die einen solchen Event überhaupt möglich machen. Die SVP Oetwil a.d.L.-Geroldswil hat mit diesem Abend ein starkes Signal gesetzt: lokal verankert, kantonal engagiert und national vernetzt.

Jennifer Fischer,
Präsidentin SVP Oetwil a.d.L.-Geroldswil,
Oetwil a.d.L.

Ein bedeutender Meilenstein in der lokalen SVP-Landschaft: Die Gründung der neuen SVP-Sektion Oetwil a.d.L.-Geroldswil. Bild: SVP Oetwil a.d.L.-Geroldswil

EU - Rahmenvertrag

Podiumsdiskussion

8. April 2025 20:00 Uhr

(Türöffnung 19:30 Uhr)

grosser Mönchhofsaal

Die Gelegenheit, sich von den Gegnern und Befürwortern des Vertrages direkt informieren zu lassen und deren Argumente zu hören. Welche Vor- und Nachteile bringt der Vertrag für die Schweiz und was kostet er uns.

Moderation und Durchführung des Anlasses
SVP-Mönchaltorf

Pro
Paul Sailer
glp Mönchaltorf
Director Beratung Gesundheitswesen PwC

Contra
Mauro Tuena
SVP Zürich
Nationalrat Kleinunternehmer

Grünliberale. Mönchaltorf

Ablauf der Veranstaltung
Beginn mit den Statements der beiden Vertreter
Fragen aus dem Publikum und dem Moderator
Kleiner Apéro im Anschluss

Kompass Initiative

SVP-Mönchaltorf www.svp-moenchaltorf.ch

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden Dienstag, 16.00 – 21.00 Uhr, Restaurant altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich. Fällt aus am Dienstag, 1. April 2025.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Donnerstag, 24. April 2025, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Bonstetten, u.a. mit Kantonsrat Marc Bochsler.

Bezirk Affoltern/Knonau
Donnerstag, 3. April 2025, 19.30 Uhr, Sessions-Apéro, British Classic Cars AG, Hasentalstrasse 3, Knonau, mit den Nationalräten Mauro Tuena und Martin Haab.

Bezirk Andelfingen/Andelfingen
Dienstag, 29. April 2025, 19.00 Uhr, Podium zur Steuervorlage, Löwensaal, Landstrasse 38, Andelfingen, u.a. mit den Kantonsräten Marc Bochsler und Tobias Weidmann, Fraktionspräsident. Anschliessend Apéro.

Bezirk Dielsdorf/Stadel
Samstag, 10. Mai 2025, 10.00 Uhr, SVP-Stand, Frühlingsmarkt, Stadel b. Niederglatt, mit Nationalrätin Barbara Steinemann.

Bezirk Dielsdorf/Steinmaur
Montag, 31. März 2025, 20.00 Uhr, Polit-Anlass, Restaurant Kreuz, Bachserstrasse 7, Steinmaur, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz.

Bezirk Hinwil/Rüti
Freitag, 28. März 2025, 19.30 Uhr, Generalversammlung, Taverne Laufenbach, Gmeindrütistrasse 1B, Rüti.

Bezirk Hinwil/Wald
Mittwoch, 2. April 2025, 19.30 Uhr, Podium und Apéro, Restaurant Schwert, Bahnhofstrasse 12, Wald.

Bezirk Hinwil/Wetzikon
Dienstag, 8. April 2025, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Restaurant Krone, Bahnhofstrasse 163, Wetzikon, mit Kantonsrat Marcel Suter. Anschliessend Apéro.

Bezirk Meilen/Oetwil am See
Freitag, 9. Mai 2025, 18.00 Uhr, Referat «Aktuelle Sicherheitslage», Landgasthof Sternen, Esslingerstrasse 1, Oetwil am See, mit Nationalrat Mauro Tuena.

Bezirk Uster/Mönchaltorf
Dienstag, 8. April 2025, 20.00 Uhr, Podium «EU-Rahmenvertrag», Grosser Mönchhofsaal, Mönchaltorf, u.a. mit Nationalrat Mauro Tuena.

Stadt Zürich/Kreis 3
Dienstag, 13. Mai 2025, 18.30 Uhr, Podium «Entwicklungshilfe – Wie weiter?», Reformiertes Kirchgemeindehaus Wiedikon, Bühlstrasse 11, Zürich, u.a. mit Nationalrat Mauro Tuena.

Stadt Zürich/Kreis 10
Freitag, 28. März 2025, 18.30 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Damas, Kyburgstrasse 28, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 12. April 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 10. Mai 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, Zürich-Wipkingen.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 29. März 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 26. April 2025, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 9. Mai 2025, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Vesuvio, Glattalstrasse 40, Zürich-Seebach.

Samstag, 10. Mai 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 17. Mai 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 28. März 2025, 19.00 Uhr, Höck, Kennedy's Irish Pub, Freischützgasse 14, Zürich. Anmeldung unter helfenberger@jsvp-zh.ch.

Samstag, 12. April 2025, 18.00 Uhr, Generalversammlung, Rheinfelder Bierhalle, Niederdorfstrasse 76, Zürich, mit Nationalrat Benjamin Fischer.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 5. April 2025, 10.30 Uhr, Mitgliederversammlung Pro Schweiz, Mehrzweckhalle Kaserne Bern, Kasernenstrasse 15, Bern.

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiessen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen folgen.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480
Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6 % MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6 % MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

PRO Schweiz Suisse Svizzera Svizra

Samstag, 5. April 2025, 10.30 Uhr (Türöffnung 9.30 Uhr)
Mehrzweckhalle, Kaserne Bern, Kasernenstrasse 15, 3014 Bern

Einladung

zur 3. ordentlichen Mitgliederversammlung

Geschäftlicher Teil

10.30 Uhr **Eröffnung der Versammlung**
10.40 Uhr **Begrüssungsbotschaften**
10.55 Uhr **Politische Standortbestimmung:** **Dr. Stephan Rietiker,** Präsident Pro Schweiz
11.15 Uhr **Statutarischer Teil:**
12.10 Uhr **«Pro Schweiz-Marsch»**
12.15 Uhr **Mittagessen für Angemeldete**

jetzt anmelden! Gäste sind willkommen

Politischer Teil

«Ja zur Neutralitätsinitiative!»

13.30 Uhr **«Neutralität sichern – eine parteiübergreifende Aufgabe»**
Prof. em. Dr. Wolf Linder, 1987 bis 2009 ordentlicher Professor an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Uni Bern und Direktor am Institut für Politikwissenschaft

«Neutralitätsinitiative: Entscheidender Abstimmungskampf»
Walter Wobmann, alt Nationalrat, Vizepräsident Pro Schweiz, Projektverantwortlicher «Ja zur Neutralitätsinitiative»

«Nein zum EU-Unterwerfungsvertrag!»

14.10 Uhr **«Souveränität und Schweizer Neutralität als Voraussetzung einer freien und erfolgreichen Schweiz.»**
Dr. Christoph Blocher, Unternehmer, alt Bundesrat, alt Nationalrat

«Frei bleiben!»
Adrian Amstutz, alt Ständerat/alt Nationalrat, Vorstandsmitglied Pro Schweiz, Projektverantwortlicher «Nein zum EU-Unterwerfungsvertrag»

14.50 Uhr **«Gehen wir kraftvoll vorwärts!»**
Dr. Stephan Rietiker, Präsident Pro Schweiz

15.05 Uhr **Schluss der Veranstaltung**

QR-Code scannen und anmelden

Reservieren Sie den Termin, nehmen Sie Interessierte mit – Gäste sind herzlich willkommen – und zeigen Sie, dass wir von Pro Schweiz bereit sind, Flagge für unsere Heimat zu zeigen.

Pro Schweiz, Postfach, 3822 Lauterbrunnen, Tel. 031 356 27 27, info@proschweiz.ch, www.proschweiz.ch

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes